

Michael Brie

Stalins kommunistische Opfer

Am 4. März 2013 fasste der Geschäftsführende Vorstand der Partei DIE LINKE den Beschluss, an der Parteizentrale, dem Berliner Karl-Liebknecht-Haus, eine neue Gedenktafel anzubringen, mit der Aufschrift: »Ehrendes Gedenken an Tausende deutsche Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, die in der Sowjetunion zwischen den 1930er und 1950er Jahren willkürlich verfolgt, entrechtet, in Straflager deportiert, auf Jahrzehnte verbannt und ermordet wurden.« Am 17. Dezember 2013 wurde diese direkt neben jener angebracht, die an das Wirken von Ernst Thälmann im gleichen Haus erinnert. Zwischen den beiden Terminen lag eine heftige innerparteiliche Auseinandersetzung.

Der Streit ging nicht darum, *ob* überhaupt ein Gedenken an die Opfer des Stalinismus und die kommunistischen Opfer im Besonderen geboten sei. Dazu hatte sich die ostdeutsche PDS schon auf ihrem Gründungskongress im Dezember 1989 verpflichtet. Lothar Bisky hatte als Vorsitzender der PDS bekräftigt: »Es ist für uns auch Pflicht, jene zu ehren, die von Stalin umgebracht wurden, zumal wir die einzigen sein werden, die den zahlreichen kommunistischen Opfern Stalins wenigstens ein geistiges Denkmal setzen werden.« 2006 wurde dann auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde neben der »Gedenkstätte der Sozialisten« ein Gedenkstein mit der Aufschrift »Den Opfern des Stalinismus« aufgestellt. Auch das war schon umstritten.

In einem »Arbeitskreis zum Gedenken an die in der sowjetischen Emigration verfolgten, deportierten und ermordeten deutschen Antifaschisten« verlangten seit 2008 vor allem die Kinder derer, die unter Stalin gelitten hatten, eine konkrete und würdige Ehrung – am Karl-Liebknecht-

Haus, so die Überlegung. Wieso gab es einen innerparteilichen Streit, wenn doch kein Zweifel an der Verfolgung deutscher Kommunistinnen und Kommunisten in der Sowjetunion bestehen kann? Es waren die Abgeordneten der KP Griechenlands beim Europäischen Parlament, die den Dissens auf den Punkt brachten: »Es handelt sich um den abscheulichen Versuch, deutsche Antifaschisten als Opfer des sowjetischen Arbeiterstaates darzustellen, eine noch schmutzigere Variante der offiziellen EU-Politik der Gleichsetzung von Faschismus/Nazismus und Kommunismus und der Förderung der ›Theorie der Extreme« (Kommunistische Partei Griechenlands 2013). Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrats der Partei DIE LINKE, formulierte den gleichen Vorwurf in einem Interview 2013 so: »Und nun soll aus dem Karl-Liebknecht-Haus, das seit 1977 unter Denkmalschutz steht und in welchem an das Wirken der KPD und ihres von den Nazis ermordeten Vorsitzenden [Thälmann – M.B.] erinnert wird, mit dieser Tafel ein anderes Denkmal werden: eine Klagemauer gegen die Sowjetunion und ihre stalinistischen Gehilfen, die Mitschuldigen, die dort gearbeitet haben. [...] Die Erinnerungskultur der Linken wird immer mehr [zum] antikommunistischen Zeitgeist«.

Die Befürworter dagegen sahen gerade in dem öffentlichen Gedenken an diesem Ort ein Zeichen der eigenen Souveränität. Bei der Enthüllung der Tafel sagte der fast 100-jährige Theodor Bergmann, 1929 Mitglied der Jugendorganisation der KPD-Opposition, die sich angesichts der faschistischen Gefahr für eine Zusammenarbeit mit der SPD ausgesprochen hatte, unter Berufung auf August Thalheimer: »Mit der Kritik unserer Irrtümer und der Fehler in unserem Kampf um eine bessere

Welt zeigen wir die geistige Vielfalt der revolutionären Bewegung, widerlegen die bürgerliche Propaganda und schaffen Mut und Kraft – für unvollendeten Klassenkampf«. Eine der Initiatorinnen des Arbeitskreises, Inge Münz-Koenen (ihr Vater Bernhard Koenen gehörte zu den in der Sowjetunion Verfolgten), bemerkte: »Wir sind gewohnt, bei den Überlebenden von ›Zeitzeugen‹ zu sprechen. Aber wie nennt man jemanden, der/die nicht Zeuge eines Verbrechens ist, sondern selbst in seinem Lebensnerv getroffen wird und weiß, dass diese Verletzung nie verheilt? Wir sprechen von Opfern, wenn in Wahrheit alle Tatkraft gebraucht wurde, um die Kinder und Alten einer Familie am Leben zu erhalten. Für vieles ist eine Sprache noch nicht gefunden«. Im Namen des Arbeitskreises schloss Ursula Schwartz ihre Rede bei der Enthüllung der Tafel mit den Worten: »Nun endlich bekommen die deutschen Antifaschisten und Kommunisten, die Opfer des stalinistischen Terrors wurden, an diesem für jene Generation bedeutsamen Ort die ihnen so lange verwehrte öffentliche Ehrung«.

Warum aber ist es für jene, die in der parteikommunistischen Tradition des 20. Jahrhunderts stehen, so schwer, sich den Verbrechen dieses Partei-kommunismus zu stellen, nicht zuletzt den Verbrechen an den eigenen Anhängern? Die Ursache liegt in der Größe und Tragik dieser besonderen Bewegung. Selten hat eine politische Bewegung in so kurzer Zeit so viele Menschen in ihren Bann gezogen und so viele Gesellschaften nach ihrem Bilde geformt wie der von Lenin begründete Parteikommunismus des 20. Jahrhunderts. Und niemals zuvor wurden so viele Anhänger einer solchen Bewegung von deren Führern und ihren Apparaten unterdrückt, verfolgt, eingekerkert und ermordet wie in jener Zeit, die mit dem Stalinismus verbunden wird. In seinem Roman *Leben und Schicksal* lässt Was-

sili Grossman (2008) einen kommunistischen Häftling im Gulag sagen: »Ich beneide nicht, die draußen in Freiheit sind. Die in ein deutsches Konzentrationslager geraten sind, die beneide ich. Wie schön, wenn man einsitzt und weiß, dass man von einem Faschisten geprügelt wird. Wir sind hier doch in der schrecklichsten Lage, werden von unserem eigenen Leuten misshandelt«. Wie aber konnte es dazu kommen? Warum hat sich die schon von Rosa Luxemburg diagnostizierte Unterdrückung der Andersdenkenden in die Unterdrückung der kommunistisch Denkenden verwandeln können? Die Ursache dafür liegt im Leninismus und liegt im Stalinismus – deutlich zu unterscheiden und doch in einem Zusammenhang miteinander stehend.

Der Kommunismus versprach, jede Form von Ausbeutung, Unterdrückung, Diskriminierung und Gewalt auszurotten, indem er radikal war, an die Wurzel der Übel ging. Er wollte die Eigentumsverhältnisse überwinden, aus denen die Interessen erwachsen, so die Überzeugung, die alleinig Kapitalismus, Rassismus, Patriarchat und Krieg am Leben hielten. Diese neue Partei aber war ein Widerspruch in sich: Sie sollte zugleich die künftige Gesellschaft der Freien und Gleichen antizipieren, die freie Assoziation der Zukunft in der Gegenwart vorwegnehmen, und auf blindem Vertrauen in die Führung und bedingungslosem Gehorsam ihr gegenüber geprägt sein. Beides wurde statuarisch verankert – die höchste Freiheit und die härteste Disziplin. Die Leninsche Politik war nicht prinzipienlos, sondern hatte ganz im Gegenteil nur ein Prinzip – die Sicherung der Macht der Bolschewiki als Garant einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft.

Die Identität der Kommunisten mit sich selbst hing ganz von ihrer Verbundenheit mit einer solchen Partei ab, die erstmals in der Geschichte des Sozialismus Macht auf längere Zeit und über große Gesellschaften zu erhalten mochte. Der Er-

Die großen Schwierigkeiten

folg schien Lenin und dem bolschewistischen Parteikommunismus Recht zu geben. Was spät oder nie erkannt wurde, war die Tragödie dieses Kommunismus: So sehr dieser Typ von Organisation sich unter sehr spezifischen Umständen von Krieg und Bürgerkrieg dazu eignen mochte, die Macht zu ergreifen, so sehr machte er zugleich jeden dauerhaften Fortschritt auf dem Weg der Befreiung unmöglich. Im Augenblick der Errichtung der parteikommunistischen Herrschaft, des Leninismus, wurde zugleich die Quelle jeder Freiheit ausgerottet – die Möglichkeit von Menschen, sich frei und selbstbestimmt zu artikulieren und zu organisieren. Selbstverschuldet zumindest durch die Führung dieser Bewegung wurde der Weg zu neuer Unmündigkeit beschritten. Diesen Widerspruch zwischen Freiheitsanspruch und Diktatur erfuhren nicht nur die politischen Gegner, sondern zunehmend auch die Kommunistinnen und Kommunisten selbst, sofern sie sich als Individuen nicht aufgaben, sondern den Weg der Befreiung als Weg wachsender Freiheit gestalten wollten. Der Parteikommunismus verbot, dass Marxens kategorischer Imperativ, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«, kritisch auf die Verhältnisse der entstandenen staatssozialistischen Gesellschaft angewendet wurde.

Die Motivationen, die zum Aufbegehren gegen Kapitalismus, Imperialismus und Krieg geführt hatten, sollten unterdrückt werden, wenn der Stiefel im Gesicht der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen von Mitgliedern einer kommunistischen Partei und ihrer Organe getragen wurde. Wie der vom Stalinismus belehrte und in den 50er Jahren doch noch hoffende Ernst Bloch ausführte, gibt es mit Blick auf die Menschenrechte »zwischen Gestern und Morgen keinen schlechthin trennenden Riss«. »Überall [...] soll es das gleiche Banner der Menschenrechte sein, wel-

ches die Werktätigen als Widerstandsrecht in kapitalistischen Ländern erheben, welches sie in sozialistischen durch Aufbau des Sozialismus, Kritikrecht, ja Kritikpflicht in diesem Aufbau vorantragen. Sonst würde ja – *contradictio in adjecto* – autoritärer Sozialismus gelten, indes doch die Internationale das Menschenrecht erkämpft: organisierte Mündigkeit«. Aber eine völlige Trennung des Guten vom Bösen ist prinzipiell unmöglich. Damit muss der Zweck immer im Zusammenhang und Verhältnis zu den Mitteln bedacht werden. Der Parteikommunismus geriet in Versuchung, sich dem zu entziehen. Jeder Konflikt wurde fast ohne Grautöne in den Gegensatz Sozialismus oder Barbarei, Sozialismus oder Faschismus übersetzt. Das schlimme Unwort vom Sozialfaschismus war nur einer der Ausdrücke dieses manichäischen Reduktionismus. Schon im Januar 1918 hatte Nikolai Bucharin bei der ersten und letzten Sitzung der Konstituierenden Versammlung Russlands »der bürgerlich-parlamentarischen Republik einen Kampf auf Leben und Tod« erklärt. Ab Februar 1918 wurden die Vertreter der anderen Parteien, beginnend mit den »rechten« Sozialrevolutionären und Menschewiki, die in der Konstituierenden Versammlung die Mehrheit gehabt hatten, mit administrativen Mitteln aus allen politischen Ämtern entfernt. Die zivile Austragung von politischen Konflikten wurde unmöglich. Der Raum des Politischen »als ein nur von Vielen zu erstellender Raum, in welchem jeder sich unter seinesgleichen bewegt«, der um »Freiheit zentriert« ist im Sinne des »Nicht-beherrscht-Werden und Nicht-Herrschen« (Hannah Arendt) wurde unwiederbringlich zerstört. Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung machte den fast vierjährigen Bürgerkrieg unvermeidlich. Ihm fielen rund eine Million Menschen als Soldaten direkt und durch den Terror beider Seiten sowie durch anti-jüdische Pogrome zum Opfer. Die Zahl der zivilen Opfer (Seuchen, Hunger usw.) liegt

bei geschätzten acht Millionen, vier Mal höher als die Zahl der Opfer Russlands im Ersten Weltkrieg. Die »Freiheit der Andersdenkenden« fand ein blutiges Ende.

Unter den Bedingungen einer manichäischen Zuspitzung wurde Gewalt gegen Menschen zu einem kleineren Übel, zu einem notwendigen Übel oder sogar zu etwas Gutem. Und als Inkarnation des

Bösen verlor der Andersdenkende, Andershandelnde auch die Menschenwürde. Stalins Chefankläger der

Leninismus und Stalinismus

Moskauer Prozesse, Wyschinski, beendete sein »Plädoyer« im Prozess gegen die innerparteilichen Kritiker Kamenew und Sinowjew mit den Worten, sie seien tollwütige Hunde, die man erschießen müsse. Am 7. November 1937 führte Stalin, nachdem er die Einheit der UdSSR beschworen hatte, in seiner Tischrede aus: »Deshalb ist jeder, der versucht, diese Einheit des sozialistischen Staates zu zerstören [...], ein Feind, ein geschworener Feind des Staates, der Völker der UdSSR. Und wir werden jeden dieser Feinde vernichten, sei er auch ein alter Bolschewik, wir werden seine Sippe, seine Familie komplett vernichten. [...] Auf die Vernichtung aller Feinde, ihrer selbst, ihrer Sippe – bis zum Ende!«. Das Bewusstsein, dass Gewalt immer etwas Böses ist, immer die Menschenwürde verletzt, deshalb der äußersten Kontrolle bedarf, weil man nie ganz auf sie verzichten kann – der schärfsten moralisch-sittlichen wie der institutionellen Hemmung – konnte vor diesem Hintergrund beim »Kampf auf Leben und Tod« schnell verloren gehen.

Der Stalinismus wurde erst möglich, weil sich in der kommunistischen Bewegung der Leninismus durchgesetzt hatte. Während aber für Lenin und den origi-

nären Bolschewismus die Macht der eigenen Partei letztlich ein diktatorisches Mittel für solidarisch-emanzipatorische Ziele war und daran immer wieder gemessen werden sollte, wurde sie im Stalinismus zum Selbstzweck. Durch Stalin (und eine Reihe anderer Führer kommunistischer Parteien) wurde die zivilisatorische Selbstbindung des Leninismus, die Bindung an die solidarische Selbstbefreiung der unterdrückten Klassen, aufgegeben. Der Stalinismus ist zugleich Erbe des und Bruch mit dem Leninismus.

Der Grund, dass gerade heute die Partei DIE LINKE gut daran tut, an die Verfolgung von Kommunistinnen und Kommunisten durch Organe kommunistischer Herrschaft zu erinnern, ist nicht, dass die Anhänger des Parteikommunismus etwa mehr als andere Opfer des Stalinismus geworden sind. Zunächst und vor allem hatte es jene getroffen, die nicht mit dem Kommunismus verbunden waren. Grund kann auch nicht sein, dass ihnen höhere Ehren zuteil werden sollten als anderen Opfern. Gedenken müssen ihnen die Anhänger dieser Partei, weil sie zugleich aktiver Teil und Opfer jener Bewegung waren, deren Erbe diese LINKE nicht ausschlagen kann – weder in ihrer Größe noch in ihrer Tragik. Es ist gut, dass diese Erinnerung nun öffentlich ist. Die politische und moralische Glaubwürdigkeit, die für jede linke politische Partei heute und in Zukunft entscheidend ist, ist nicht allein und auch nicht vor allem vom souveränen Umgang mit dem Stalinismus abhängig. Aber *ohne* einen Umgang mit der Geschichte des Leninismus und des Stalinismus kann die Partei DIE LINKE diese Glaubwürdigkeit niemals gewinnen und auch nicht auf Dauer bewahren.

(gekürzte Fassung)



Michael Brie

ist Senior Fellow des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

brie@rosalux.de